



Geschäft	Zwischenbericht – Kommunale Finanzentwicklung
Vorstoss	-
Info	<p>Der Gemeinderat hatte, wie an der Mai-Sitzung des Einwohnerrats vorinformiert, auf die Juni-Sitzung den Handlungsspielraum in den gebundenen Aufgaben vorstellen, Handlungsspielräume erläutern und mögliche Optimierungsvorschläge unterbreiten wollen. Die ganzen Grundlagenerhebungen haben bedeutend mehr Zeit in Anspruch genommen, als ursprünglich angenommen. So wurde dem Gemeinderat erst an seiner Sitzung vom 03.06.2015 der Analysebericht von der BDO AG vorgestellt. Gemeinderat und Verwaltung bearbeiten nun das Dokument und treffen sich Ende Juni zu einer Klausur. Dort sollen die Vorschläge der BDO AG diskutiert sowie Umsetzungsempfehlungen entwickelt werden. Das Ergebnis aus dem Workshop wird dann über die Sommerferien durch die Verwaltung verarbeitet. Der Gemeinderat soll anschliessend den Einwohnerratsbericht zusammenstellen und diesen dann auf die Sitzung nach den Sommerferien beim Einwohnerrat einbringen.</p> <p>Der vorliegende Zwischenbericht soll dem Einwohnerrat einen Einblick in den bisherigen Projektverlauf und zu den nächsten Schritten geben.</p>
Antrag	Der Einwohnerrat nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Gemeinderat Binningen

Gemeindepräsident:
Mike Keller

Verwaltungsleiter:
Hug Nicolas

1) Ausgangslage

Um die Finanzierung und die finanzielle Stabilität der Gemeinde Binningen auch in Zukunft gewährleisten zu können hat der Gemeinderat im ersten Halbjahr 2014 eine Haushaltsüberprüfung (HÜP I) der ungebundenen (freiwilligen) Ausgaben durchgeführt. Diese Notwendigkeit ist unter anderem auf den Anstieg der Sozialhilfeausgaben, die Pflegefinanzierung und Ausfinanzierung der Basellandschaftlichen Pensionskasse zurückzuführen. Nicht zuletzt spürte die Gemeinde auch einen Rückgang der Steuererträge durch die immer älter werdende Gesellschaft.

Der Massnahmenkatalog des ersten Sparpakets HÜP I fokussierte auf 116 Massnahmen mit einem Sparpotenzial von 2.87 Mio CHF der ungebundenen Ausgaben. Dabei setzte der Einwohnerrat einen Teil der Vorschläge des Gemeinderates um, auf andere wiederum verzichtete er. Insgesamt verabschiedete der Einwohnerrat im August 2014 insgesamt 43 Massnahmen, die zum Teil schon für das Budget 2015 wirksam wurden. In einem weiteren Schritt verlangte der Einwohnerrat, dass auch die gebundenen Ausgaben analysiert werden sollen, und dass dabei die gebundenen Ausgaben im Allgemeinen um 5% zu senken sowie auch die Personalkosten und die Ausgaben von Leistungsvereinbarungen um 5% zu verringern sind.

Deshalb beauftragte der Gemeinderat Ende Dezember 2014 eine externe Firma anhand einer Analyse den möglichen Handlungsspielraum in den gebundenen Leistungen zu eruieren. Dabei wurde festgestellt, dass es sehr schwierig ist, den Spielraum in den ungebundenen abzugrenzen. Deshalb ist bei jeder gebundenen Ausgabe der gesetzliche Auftrag ermittelt worden. Dieser kann entweder auf Bundesebene, kantonal oder durch eine Lokalgesetzgebung (beispielsweise das FEB-Reglement durch den Einwohnerrat) definiert werden. Zu diesem Pflichtteil kann je nach Bedürfnissen einer Gemeinde in der entsprechenden Dienstleistung noch ein freiwilliger (ungebundener) Teil angeboten werden. Beispielsweise muss eine Verwaltung dem Einwohner den Bezug einer Identitätskarte anbieten können. Ob dieses Angebot am Schalter jeden Tag, nur an einem Tag pro Woche oder gar nur über eine Web-Applikation mit dem Zusenden der Karte zur Verfügung gestellt wird, liegt im Ermessen der jeweiligen Gemeinde und hat letztlich direkt mit dem Service public zu tun.

2) Bereits umgesetzte Sparmassnahmen

Resultate aus HÜP I:

Von 116 Massnahmen waren 98 in der Kompetenz des Gemeinderates und 18 in der Kompetenz des Einwohnerrates. Davon sind aktuell 43 Massnahmen umgesetzt welche folgende Einsparungen prognostizieren:

2015	2016	2017	2018	2019
CHF 794'450	CHF 834'650	CHF 836'450	CHF 844'450	CHF 844'450

Im Weiteren hat der Gemeinderat und die Verwaltung seit den 5 % Aufträgen des Einwohnerrats seit September 2014 bei jeder Neuanstellung die auszuschreibende Stelle und deren Funktionsbeschreibung hinterfragt und womöglich bei Stellenprozenten und bei der Lohnstruktur Anpassungen innerhalb der gesetzlichen Vorgaben gemacht:

Vergleich	
Gesamtstellenprocente per 01.7.2014	11963.69
./ . Werkhof (1300% besetzt / Gärtnerei 532.14% besetzt / Friedhof 250%)	-2082.14
Anzahl Stellenprocente Gemeinde Binningen ohne Werkhof 01.07.2014	9881.55
Ziel 5% personelle Einsparung Gesamtstellenprocent ohne Werkhof	533.18
Gesamtstellenplan per 31.05.2015	11518.97
./ . Werkhof (1300% besetzt / Gärtnerei 550% besetzt / 250% Friedhof besetzt)	-2100
Anzahl Stellenprocente Gemeinde Binningen ohne Werkhof 31.05.2015	9418.97
Ziel 5% personelle Einsparung Gesamtstellenprocent ohne Werkhof	533.18
Einsparung von Stellen seit Ende Juli 2014 bis 31. Mai 2015	462.58
Noch zu erfüllende Einsparung bis Juli 2016	70.60

Dabei konnten die Personalkosten im Jahr 2015 einmalig um CHF 62'471 und wiederkehrend um CHF 364'947 gesenkt werden.

3) Auftrag und Umsetzung der Analyse der gebundenen Ausgaben durch einen externen Dienstleister (BDO AG)

Im Dezember 2014 wurde die BDO AG beauftragt, anhand einer Analyse alle gebundenen Leistungen aufzuzählen, den gesetzlich festgelegten Minimalauftrag zu definieren und von weitergehenden freiwilligen Dienstleistungen ausserhalb der Minimaldienstleistung abzugrenzen, um dann den möglichen Handlungsspielraum zu eruieren und mögliche Einsparungen zu formulieren.

Der BDO AG wurden bei der Auftragserteilung folgende Ziele gesetzt:

- Ermittlung von Sparpotenzial und Kostenreduktionen innerhalb der Erfolgsrechnung
- Aufzeigen von alternativen Lösungsansätzen für die Erfüllung der Dienstleistungen
- Beurteilung der Handlungsoptionen und Ermittlung der Auswirkungen

Der BDO-Bericht dient dann dem Gemeinderat, anhand der ermittelten Einsparmöglichkeiten, einen konkreten Massnahmenkatalog mit entsprechender Priorisierung ausarbeiten.

Für die Analyse ist die BDO AG mit verschiedenen Instrumenten vorgegangen:

- Ist-Aufnahme der Aufgaben der Gemeinde Binningen
- Vergleich zwischen Minimalstandards und dem Status Quo der Aufgabenerfüllung in der Gemeinde Binningen
- Detailanalyse im Bereich Bildung In folgenden Bereichen hat die BDO AG einen Benchmark mit anderen vergleichbaren Gemeinden erstellt und ein Optimierungspotential erkannt: Personaladministration, Einwohnerdienste, Finanzabteilung, Gemeindepolizei, Alter
- Für die Bereiche Friedhof, Gärtnerei und Werkhof bestand bereits eine SWOT-Analyse der Verwaltung auf welche sich die BDO AG stützen konnte

Der Aufwand für die Erarbeitung der Analysedaten nach Vorgaben der BDO AG war innerhalb der Verwaltung um einiges grösser, als dies schon bei der HÜP I der Fall war.

Gebundene und ungebundene Leistungen gemäss Rechnung 2014:

		Gebunden	Ungebunden
PG1	Einwohnerdienst	89%	11%
PG 2	Steuern	100%	0%
PG 3	Gesundheit	70%	30%
PG 4	Kultur, Freizeit/Sport (HÜP I)	16%	84%
PG 5	Bildung	95%	5%
PG 6	Öffentliche Sicherheit	100%	0%
PG 7	Soziale Dienste	97%	3%
PG 8	Verkehr, Strassen	88%	12%
PG 9	Versorgung, Umwelt	91%	9%
PG 10	Hochbau, Ortsplanung	99%	1%
	Total	85%	15%
LZ 1	Management, Personal	92%	8%
LZ 2	Rechnungswesen	98%	2%
LZ 3	Immobilienmanagement	79%	21%
LZ 4	Werkhof	100%	0%
LZ 5	IT	100%	0%
	Total	96%	4%

Der beeinflussbare Bereich bei den gebundenen Leistungen, bezogen auf die Minimalanforderungen, ist in den einzelnen Produktgruppen sehr unterschiedlich. Zudem steht der Spielraum neben dem Standard des Service public auch in direktem Zusammenhang mit der Gemeindegrösse und deren Verwaltungsorganisation. Anhand der ersten Sichtung des BDO-Berichts hat der Gemeinderat deshalb beschlossen, ergänzend noch eine Strukturanalyse der Gemeindeverwaltung in Auftrag zu geben. Hierbei soll auch die Schnittstelle zwischen Verwaltung und Gemeinderat sowie die strukturellen Abhängigkeiten im Zusammenhang mit dem WOV betrachtet werden.

4) Weiteres Vorgehen

Schritt 1:

Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat auf seine September-Sitzung einen Empfehlungskatalog zur Haushaltsoptimierung bei den gebundenen Aufgaben unterbreiten, welcher auf dem Bericht der BDO AG basiert. Dem Einwohnerrat werden sowohl das GR-Dokument als auch der BDO-Bericht vorgelegt.

Der Einwohnerrat soll dann beschliessen, welche Vorschläge des Gemeinderats anzugehen bzw. umzusetzen sind.

Schritt 2:

Auf Anfang 2016 wird der Gemeinderat dem Einwohnerrat den Strukturanalysebericht vorstellen und das mögliche Optimierungspotenzial aufzeigen.

5) Antrag: Der Einwohnerrat nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.